



Ein christlicher Kämpfer gegen die islamistischen Milizen posiert am 17. Januar in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik

Foto: Springer/Reuters; kl. Fotos: Olaf Matzahn/dapd/ddp (c); Stefano Spaziani/UP/Newscom/ddp

Heiliger Vater, helfen Sie den Opfern!

Ein Betroffener sexueller Gewalt schreibt an Papst Franziskus

Sehr geehrter Heiliger Vater Papst Franziskus, der Vatikan hat in der letzten Woche vor dem UN-Kinderrechtsausschuss in Genf erstmals zum Skandal des Missbrauchs Minderjähriger innerhalb der katholischen Kirche ausgesagt. Papst Benedikt XVI. versetzte 384 Priester wegen Missbrauchs in den Laienstand, im Jahr 2012 waren es etwa 100, im Jahr 2011 etwa 300. Danach forderten Sie Ihre Kirche zu mehr Schuldbewusstsein auf. Wir Betroffenen haben mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass Sie die Taten als »Schande der Kirche« geißeln.

Aber genügt das? Jahrzehntlang wurden die Täter von ihren Vorgesetzten geschützt. Anstatt die Verbrechen aufzuklären und den Opfern zu helfen, wurden die Täter stillschweigend in immer neue Gemeinden versetzt. Fast 400 Priester weltweit wurden wegen Missbrauchs in den Laienstand versetzt – aber was passiert mit den Amtsträgern, die die Täter jahrzehntlang schützten?

Immer wieder geht es um die Täter, und die Opfer geraten aus dem Blick. Was werden Sie tun, um den Opfern wirklich zu helfen?

Ich nenne ein Beispiel von vielen. Der Fall des Serientäters Pfarrer Alfons Kamphusmann war bereits Ihrem Vorgänger Papst Johannes Paul II. bekannt. Er wurde vom Bistum Magdeburg viele Male versetzt, sobald in der jeweiligen Gemeinde seine Verbrechen bekannt wurden. So konnte er immer neue Opfer finden und sich zum Serientäter entwickeln: von 1950 an war er Vikar in Gerbstedt, dann in Hettstedt, 1952 Vikar und Kurator in Halle, im selben Jahr wurde er Vikar in Droyßig, 1959 Vikar in Delitzsch, 1967 Vikar in Nordhausen, 1970 Pfarrvikar in Langenweddingen, 1974 Pfarrer in Hecklingen, 1989 Pfarrer in Piesteritz, 1990 wurde er Geistlicher Rat, 1992 Subdiakon in Wanne-Eickel, 1992 Subdiakon in Niedertiefenbach (Bistum Limburg), 1996 Subdiakon in Berus (Bistum Trier), 1997 in Magdeburg.

Kamphusmann starb 1998 in Magdeburg. Im Nachruf der Kirche stand: »Freundlich und hilfsbereit tat er seinen Dienst. Manche bleibende Bekanntheit und Freundschaft zeugen von seiner Menschenfreundlichkeit und Beliebtheit.« Dieser Mann hat auch dem Verfasser dieses Briefes sexuelle Gewalt angetan, viele Jahre lang.

Deshalb frage ich Sie: Wieso weigert die römisch-katholische Kirche sich, auf die Opfer und ihre Angehörigen zuzugehen? Wieso weigert sie sich, uns Hilfe bei der Aufklärung zu gewähren, medizinische Unterstützung zu ermöglichen und Entschädigungen zu leisten, die für die Schäden im Leben der Betroffenen einen Ausgleich bringen könnten? Offenbar werden Vorgesetzte, die die Täter schützten, weiterhin vor allen Konsequenzen geschützt. Nach wie vor werden Akten systematisch vernichtet – das konnten Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und andere Gutachter aufdecken.

Ich bin Sprecher des deutschlandweiten Vereins Betroffener netzwerkB. Wir fordern die Aufhebung der Verjährungsfristen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – damit endlich Schluss ist mit dem Täterschutz. Wenn sexuelle Straftaten passieren, sollte es für jeden Bürger verpflichtend sein, Anzeige zu erstatten. Schweigen müsste strafbar sein.

Heiliger Vater, wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie unsere Forderungen unterstützen und der Vatikan hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Die Opfer leiden oft ein Leben lang. Sicherlich werden Sie uns recht geben, dass solche Verbrechen nicht verjährt dürfen, denn das, was man Kindern hier antut, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Im Mai 2013 habe ich Ihnen persönlich geschrieben und Sie um einen Akt der Versöhnung gebeten. Wir benötigen Ihre Unterstützung, um eine gemeinnützige Stiftung zu gründen mit dem Ziel, Personen auszuzeichnen, die sich in der Öffentlichkeit gegen das Verschweigen und Verleugnen von sexualisierter Gewalt einsetzen. Dieser Einsatz erfordert Mut. Ihn gilt es zu unterstützen. Die ganze Welt würde erfahren, dass künftig Menschen geehrt werden, die sich für die Opfer sexualisierter Gewalt einsetzen.

Ein Akt der Versöhnung ist dringend geboten, um über Brücken zu gehen, wo die Wege bisher versperrt sind. Wir müssen den Opfer-Täter-Opfer-Täter-Kreislauf durchbrechen. Die Stiftung könnte der Anfang eines gemeinsamen Weges sein.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

NORBERT DENEFF

Norbert Deneff, 64, ist Sprecher von netzwerkB.org. Er wurde als Kind von einem katholischen Priester und einem Kantor missbraucht. Beide Täter gestanden, wurden aber nicht belangt, weil ihre Taten verjährt waren. Das Bistum Magdeburg wollte Deneff 2003 mit 25 000 Euro zum Schweigen bringen. 2005 erwarb er einen Verzicht auf die Schweigeklausel. Er erhielt als erstes bekanntes Opfer von der deutschen Kirche eine Entschädigung. Seit 20 Jahren kämpft er für die Rechte der Opfer

»Intervention in Zentralafrika!«

Óscar Kardinal Rodríguez Maradiaga fordert die Gläubigen zu einer Friedenspolitik auf. Ein Gespräch mit dem Vertrauten des Papstes

» DIE ZEIT: Herr Kardinal, in Nigeria kämpfen Islamisten gegen Christen, in Syrien und in der Zentralafrikanischen Republik schlachten sich die Angehörigen beider Religionsgemeinschaften gegenseitig ab. Droht der Welt ein neuer Krieg der Religionen?

Óscar Kardinal Rodríguez Maradiaga: Religionskriege waren immer die grausamsten in der Menschheitsgeschichte. Wir müssen auf jeden Fall weitere Eskalationen verhindern. Schluss mit dem Krieg! Religion darf kein Vorwand sein, um die Schöpfung Gottes zu zerstören. Stattdessen sollten Gläubige sich auf internationaler Ebene um gegenseitigen Respekt bemühen.

ZEIT: Rund 1600 französische Soldaten sind in der Zentralafrikanischen Republik bereits im Einsatz. Bald kommen Truppen aus EU-Ländern hinzu. Sollten die Vereinten Nationen eine Friedensmission schicken?

Maradiaga: Ja. Eine Intervention in Zentralafrika tut not – so schnell wie möglich. Die UN wurden auch gegründet, um den Frieden zu fördern.

ZEIT: Müsste der Papst sich angesichts der Religionskriege nicht viel stärker für weltweiten Frieden und religiösen Dialog einsetzen, anstatt soziale Ungerechtigkeiten anzuprangern?

Maradiaga: Soziale Ungerechtigkeit ist häufig die Ursache für Konflikte, deshalb bringt es nichts, Frieden und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen. Wir haben ja gesehen, was passierte, als der Papst Präsident Putin im September vergangenen Jahres einen Brief schrieb und ihn aufforderte, ein Massaker zu verhindern.

ZEIT: Wenige Tage nach dem Papstschreiben forderte Russland Syrien zur Vernichtung seiner Chemiewaffen auf.

Maradiaga: Außerdem beteten rund 100 000 Gläubige bei einer Friedensandacht Anfang September gemeinsam mit dem Papst in Rom für den Frieden in Syrien. Auch Juden und Muslime beteiligten sich daran. Ich bin sicher, dass dadurch ein Blutbad in Syrien verhindert worden ist, denn die USA waren schon zum Militärschlag bereit.

ZEIT: Der Papst hat in seinem Schreiben *Evangelii Gaudium* vor der zunehmenden Christenverfolgung gewarnt und die »Länder mit islamischer Tradition demütig gebeten, den Christen Freiheit zu gewährleisten, damit sie ihren Glauben leben können«. Was kann der Papst außer Appellen gegen die Christenverfolgung tun?

Maradiaga: Der Papst verfügt weder über Streitkräfte noch über Bomben. Aber für den Frieden unternimmt er alles. Ich weiß nicht, ob er wirklich mit Syriens Staatschef Assad telefoniert hat, was argentinische Zeitungen berichteten. Papst Franziskus verfügt über moralische Macht, und die muss er nutzen. Christen sind heute die am stärksten verfolgte Gruppe weltweit.

ZEIT: Nicht nur Christen werden verfolgt. Von den weltweit über 40 Millionen Menschen, die

sich derzeit auf der Flucht befinden, sind laut UNHCR 70 Prozent Muslime. Sie als Präsident von Caritas International wissen um die Not dieser Menschen. Warum arbeiten christliche und islamische Hilfswerke nicht stärker zusammen?

Maradiaga: Caritas ist in 164 Ländern präsent. In Ländern wie Marokko sind alle ehrenamtlichen Mitarbeiter Muslime, und die Kooperation funktioniert hervorragend. Es ist falsch, den Islam pauschal zu verurteilen. Für den Dschihad, den sogenannten heiligen Krieg, gibt es auch nicht militärische Auslegungen, zum Beispiel im Sinne eines spirituellen Kampfes, den jeder mit sich selbst führt, um ein besserer Mensch zu werden.

ZEIT: Im Jahr 2003 haben Sie gesagt: »Ein Papst aus Lateinamerika muss sich die Verminderung des Abbruchs zwischen Nord und Süd zum Ziel setzen!« Damals galten Sie selbst als möglicher Nachfolger von Papst Johannes Paul II. Gilt der Satz auch für Franziskus, oder haben sich die Ziele inzwischen geändert?

Maradiaga: Ich glaube, dass der Satz noch gilt. Papst Franziskus will soziales Unrecht durch mehr Brüderlichkeit lindern. Das war seine Botschaft am 1. Januar, dem Weltfriedenstag. Aber seine Botschaft scheint untergegangen zu sein, die internationale Presse hat sie nicht beachtet.

ZEIT: Mit Papst Franziskus und Ihnen als Koordinator des Kardinalsrates sind zwei »Latinos« zu den mächtigsten Männern im Vatikan aufgestiegen. Kann Lateinamerika die Kirche erneuern, so wie es vor 30 Jahren der Befreiungstheologie gelang?

Maradiaga: Lange war »Befreiungstheologie« in konservativen Kreisen ein Schimpfwort. Doch im Jahr 2004 haben Gustavo Gutiérrez, der Mitbegründer der Befreiungstheologie, und der heutige Präfekt der Glaubenskongregation, Gerhard Ludwig Müller, ein gemeinsames Buch veröffentlicht mit dem Titel *An der Seite der Armen. Theologie der Befreiung*. Beim zweiten lateinamerikanischen Kongress für kirchliche Sozialdoktrin 2006 sagte Gutiérrez: »Befreiungstheologie bedeutet Option für die Armen.« Diese »Option« zu verteidigen ist heute innerhalb der Kirche fast normal.

ZEIT: Auch in Ihrem Heimatland Honduras? Müsste die katholische Kirche dort nicht viel

mehr in soziale Hilfsprogramme investieren, damit weniger junge Menschen in die USA abwandern?

Maradiaga: Die Mittel, über die die katholische Kirche verfügt, sind sehr beschränkt. Für Sozialreformen sind zunächst Politiker und Regierungen zuständig. Was sollen die einfachen Honduraner machen, wenn in ihrem Land keine Industrie existiert? Wenn die Justiz nicht funktioniert? Leider müssen unsere Jugendlichen auswandern, wenn sie eine Zukunft haben wollen.

ZEIT: Was versprechen Sie sich von der neuen Regierung in Honduras, die im November 2013 gewählt wurde?

Maradiaga: In meinem Land macht sich leider eine demokratische Ermüdung breit. Ich habe der neu gewählten Regierung gesagt: Dies ist die letzte Chance der großen Parteien, etwas für ihr Land zu tun. Das Volk ist es leid, alle vier Jahre für eine bessere Zukunft wählen zu gehen und dann zu sehen, dass alles sich nur verschlimmert.

ZEIT: Während des Staatsstrechs in Honduras im Sommer 2009 warnten Sie in einer öffentlichen Erklärung vor einer Rückkehr des abgesetzten Präsidenten Manuel Zelaya aus dem Exil. Seitdem erhalten Sie Todesdrohungen.

Maradiaga: Nicht nur Drohungen. Am 28. Juni 2009 wurde tatsächlich ein Anschlag auf mich verübt. Gott sei Dank schlug die Granate am falschen Ort ein.

ZEIT: Erscheint Ihnen angesichts dieser Angriffe die Debatte über Kirchenreformen im Vatikan, die Sie als Koordinator des Kardinalsrates anführen, nicht sehr harmlos?

Maradiaga: Nein. Im Gegenteil. Ich diene der Kirche dort, wo sie mich braucht. Wenn der Papst mich mit dieser Aufgabe betraut, muss ich sie annehmen. Ich tue das mit innerer Gelassenheit.

ZEIT: Sind kirchliche Reformen auch außerhalb Europas interessant, wo die Mehrheit der Katholiken ganz andere Probleme hat?

Maradiaga: Ihr Europäer denkt tatsächlich manchmal in sehr engen Grenzen. Wenn man sich den Rest der Welt anschaut, relativieren sich theologische Probleme. Die große Mehrheit der Katholiken ist arm, aber hoffnungsvoll. Diese Tugend vermisst ich oft in wohlhabenden Gesell-



Der Kardinal

Óscar Rodríguez Maradiaga aus Honduras ist die rechte Hand des Papstes und ein schillernder Polit-Promi: Der Erzbischof von Tegucigalpa, 71, provozierte mit starken Worten zu Finanzkrise und Drogenpolitik. Der Doktor der Philosophie, der auch leidenschaftlicher Pilot und Saxofonspieler ist, leitet die Reformkommission des Vatikans. Dem deutschen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst riet er soeben, sich in Limburg zu entschuldigen und sich »einen anderen Platz« zu suchen.

schaften. Wenn junge Europäer bei uns in Honduras ein Freiwilliges Jahr absolvieren, dann merke ich, wie diese Erfahrungen sie verändern.

ZEIT: Trotzdem sind manche Regeln der Kirche unmenschlich, das sagt auch der Papst! Warum werden zum Beispiel die wiederverheirateten Geschiedenen immer noch vom Sakrament der Eucharistie ausgeschlossen?

Maradiaga: Dieses Thema beschäftigt Papst Franziskus sehr. Es geht darum, ob es bei diesen Ehen wirklich ein unauf lösliches Sakrament gab oder eben nicht. In meinem Umfeld erlebe ich, dass Jugendliche heiraten, weil die Braut schwanger ist und nicht, weil sie eine unauf lösliche Verbindung vor Gott eingehen wollen.

ZEIT: Warum kann die Kirche nicht auch einer neuen Ehe, aus der eine neue Familie hervorgeht, ihren Segen erteilen?

Maradiaga: Ja, das ist das große Problem. Es wird sicher auf der außerordentlichen Bischofssynode in Rom diskutiert, die Papst Franziskus unter dem Motto »Die pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext der Evangelisierung« für Oktober einberufen hat. Ich bin sicher, dass es dort Fortschritte gibt.

ZEIT: Was macht Sie so sicher?

Maradiaga: Ich bin mir sicher, dass die Welt auf Antworten wartet. Wir können nicht einfach an Lösungen aus dem letzten Jahrhundert festhalten. Damals waren viele unserer heutigen Probleme noch gar nicht bekannt. Damals lebten die Frauen in sklavenähnlichen Verhältnissen. Die Lage in den Familien hat sich komplett verändert. Wir müssen das Evangelium befolgen, aber zeitgemäß.

ZEIT: Wenn sich bei den wiederverheirateten Geschiedenen etwas ändert, kann sich dann auch etwas in der Ökumene ändern? Könnte ich als Protestantin künftig die heilige Kommunion empfangen?

Maradiaga: Es kommt auf den Glauben an. Wer glaubt, dass die Eucharistie der Leib Christi ist, gehört zur Gemeinschaft. Entscheidend ist die Wandlung, die bedeutet, dass das Brot kein Brot mehr ist, sondern der Leib Christi. Die symbolische Auslegung durch die evangelische Kirche folgt einer anderen Theologie, die besagt, dass das Brot ein Symbol für den Leib Christi sei, aber Brot bleibe. Für uns Katholiken widerspricht dies der Wahrheit.

ZEIT: Können Katholiken und Protestanten das Reformationsjubiläum 2017 gemeinsam feiern?

Maradiaga: Ich bin damit einverstanden. Warum nicht? Es gibt nur einen Christus, nicht zwei. Die Trennung von der katholischen Kirche erfolgte nicht auf Wunsch von Christus, sondern der Menschen. Ich glaube, es ist sehr berechtigt, 500 Jahre Reformation zu feiern. Und es ist richtig, gemeinsam zu feiern.

Das Gespräch führte ASTRID PRANGE

